

„Hat mit Verhältnismäßigkeit

Gemeinebundpräsident Hingsamer hofft auf eine Fehlerkultur in der Politik und dass bei neuen

VOLKSBLATT: Bei der 15a-Vereinbarung heißt es vorerst bitte warten. Wie problematisch ist für die Gemeinden die Unsicherheit?

HINGSAMER: Die 15a-Vereinbarung wäre ja grundsätzlich positiv, weil für den Ausbau der Kinderbetreuung Gelder fließen. Jetzt aber soll erstens die Summe dieser Mittel gekürzt werden. Und es ist schon problematisch, wenn es statt 142 Mio. nur mehr 110 Mio. Euro gibt. Zweitens werden die Voraussetzungen, dass man sich das Geld abholen kann, in der jetzigen Formulierungen so hochgeschraubt, dass man gar nicht über den Gesamtbetrag reden muss, weil wir das Geld sowieso nicht komplett abholen können. Diese Vorgaben des Bundes sind maßlos überzogen, aber angeblich gibt es Verhandlungsbereitschaft des Bundes, dass man das korrigiert. Und drittens – das ist immer bei diesen Vereinbarungen und das trifft uns schon seit Jahren – werden nur Beträge für den Ausbau bereitgestellt. Die Mehrkosten für dieses bessere Angebot müssen dann die Gemeinden alleine schultern. Man gibt einen Anreiz, dass man mehr tut – oft sogar mehr als die Eltern überhaupt wollen. Und dann bleiben wir auf den Folgekosten sitzen. Das ist unfair und verwerflich.

Was bräuchten die Kommunen, wie soll die neue Regelung ausschauen?

Der Bund sollte auch verstehen, dass in ländlichen Bereichen andere Gegebenheiten da sind. Es gibt einen Unterschied zwischen Ballungsräumen und am Land. Gerade am Land wird das Angebot gar nicht so angenommen. Der Bund sollte auch anerkennen, dass wir dort, wo wir die Kinderzahlen nicht zusammenbekommen über Gemeindegrenzen hinweg etwas tun oder auch uns mit alternativen Betreuungsmodellen etwa mit

Tagesmüttern helfen. Und die Eltern sind damit durchaus zufrieden. Die ganzen Statistiken zeigen ja nur, was in der institutionellen Betreuung ist. Man sollte bei all diesen Darstellungen auch die Eltern befragen. Wenn die Eltern sagen, mit dem Angebot in meiner Gemeinde bin ich nicht zufrieden, dann habe ich als Bürgermeister eh ein Problem und werde versuchen, es zu lösen.

Es verhandeln allerdings nur Bund und Länder. Ein langjähriger Wunsch des Gemeinebundes ist, dass man bei solchen Themen am Verhandlungstisch sitzen will. Glauben Sie, dass er irgendwann in Erfüllung geht?

Bisher war man auf Bundesseite dazu nicht bereit. Aber es wäre notwendig, dass man nicht über die Köpfe der Gemeinden hinweg etwas verhandelt, was hauptsächlich die Gemeinden betrifft. Wenn sich zwei etwas ausmachen, aber die zwei die Last nicht zu tragen haben, weil diese

ein Dritter tragen muss, dann ist es verwerflich, dass der Dritte bei den Verhandlungen nicht dabei ist.

Beim Gemeindegtag wurde erklärt, dass Politik und Verwaltung eine neue Fehlerkultur brauchen. Was verstehen Sie darunter?

Wenn ich in den Gemeinden Menschen finden will, die als Bürgermeister oder im Gemeinderat Verantwortung übernehmen wollen, dann braucht es eine Fehlerkultur. Das heißt, ich anerkenne, dass in der täglichen Arbeit einmal ein Fehler passieren kann, den kann ich dann auch eingestehen, korrigieren

und beseitigen. Was jetzt passiert ist, dass man, wenn man als Bürgermeister vergisst, 50 Euro Mahnspesen zu kassieren, gleich zum Staatsanwalt vorgeladen wird. Das hat mit Verhältnismäßigkeit nichts zu tun. Das hat mit Fehlerkultur nichts zu tun. Wenn in der Buchhaltung ein kleiner Fehler passiert, dann sollte es möglich sein, dass ich diesen korrigiere. Wenn ich dazu nicht bereit bin, verstehe ich, dass die Gemeindeaufsicht tätig wird. Fehlerkultur heißt auch, dass man gescheitert werden kann. Und ich brauche die Chance, solche Fehler auch korrigieren zu können.

Wie schwierig ist der Spagat zwischen Bürgernähe und Gesetzesvorgabe?

Wir sind natürlich auf die Verfassung angelobt und müssen uns an die Gesetze halten. Und es gehört auch zur Bürgernähe, dass vor dem Gesetz alle Bürger gleich sind. Aber man sollte nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen. Und wenn wirklich ein Gesetz am Bürger vorbei geht, dann muss man halt auch ein Gesetz korrigieren.

So wie etwa die EU-Trinkwasserrichtlinie?

Diese Rahmenrichtlinie ist eh noch nicht beschlossen, aber sie ist maßlos überzogen. Das mag vielleicht zu Großstäd-



NEUES Volksblatt
Alles drin – für Sie!

Sommersgespräch

Mit Gemeinebundpräsident LAbg. Hans Hingsamer sprach
Herbert Schicho

nichts zu tun“

Regeln nicht übers Ziel hinaus geschossen wird

ten wie London passen, aber für unser System würde das nur eine massive Verteuerung bringen. Das ist so nicht notwendig und da schießt man weit über das Ziel hinaus. Die EU sollte auch bedenken, dass es der Bürger zahlen muss. Und es hat in Österreich ja auch nie ein Problem mit der Trinkwasserversorgung gegeben.

Der Herbst naht und damit auch wieder die Budgetplanungen für das kommende Jahr. Rechnen Sie mit Problemen?

Die gute wirtschaftliche Lage hilft uns natürlich und bringt uns mehr Einnahmen. Wir spüren aber, dass die Aufwendungen für Pflege und Behindertenhilfe doch deutlich steigen, mehr als die Einnahmen. Summa summarum gehe ich aber davon aus, dass wir uns bei der Budgeterstellung heuer leichter tun als in den vergangenen Jahren.

Ist die Gemeindefinanzierung Neu angekommen?

Ja, insbesondere bei jenen Gemeinden, die sich mit den neuen Regeln intensiv auseinandergesetzt haben. Es können natürlich nicht alle zu 100 Prozent zufrieden sein, weil sich ja nur der Verteilungsschlüssel geändert hat, aber nicht mehr Geld verteilt wird. Aber ich glaube schon, dass man sich jetzt beim zweiten Budget, das nach diesen Regeln erstellt wird, leichter tut. Man lernt, mit dem Modell umzugehen.

Und wie ist es mit der Neuaufstellung bei der Gemeindeprüfung?

Einerseits werden die legislativen Details noch im Unterausschuss verhandelt und andererseits so anders wird die Prüfung nicht ablaufen. Es wird nur eine stärkere Trennung zwischen der Prüfung des Voranschlags und der Prüfung des Rechnungsabschluss gemacht. Es ist eine

Trennung zwischen dem Blick in die Zukunft, bei dem die Bezirksverwaltungsbehörden den Voranschlag prüfen und die Gemeinden beraten. Und dem Blick in die Vergangenheit: In den fünf neuen Prüfzentren wird der Rechnungsabschluss kontrolliert. Es kann schon sein, dass es da oder dort Anfangsschwierigkeiten gibt, aber ich bin zuversichtlich, dass sich das rasch einspielt.

Wir haben jetzt bald Halbzeit der Legislaturperiode. Sind Sie mit dem bisher Erreichten zufrieden?

Ja, es ist manches wirklich vernünftig gelöst worden, etwa die Gemeindefinanzierung Neu. Der große Rahmen passt. An manchen Feinheiten muss man noch schleifen.

Was müsste noch bis 2021 abgearbeitet werden?

Toll wäre es, bis 2021 bei den Transferleistungen eine Entflechtung zu schaffen. Auch die Frage, was macht der Bund im Gesundheitsbereich: Das Damoklesschwert AUVA ist nicht vom Tisch, ich hoffe aber, dass beim Bund Vernunft einkehrt, denn klar ist, wenn die AUVA große Leistungen einsparen muss, dann schlagen diese Leistungen in der allgemeinen Spitalsfinanzierung auf, was wiederum die Gemeinden trifft. Das wäre ja nur eine Kostenverlagerung. Da müssen wir aufpassen. Und man muss das Pflgethema ganzheitlich angehen. Ein Murks wie bei der Abschaffung des Pflegegresses sollte sich nicht wiederholen. Man muss an einer Gesamtlösung arbeiten und etwa die mobilen Dienste stärken, Grundlage sollte nämlich „mobil vor stationär“ bleiben. Aber es braucht natürlich auch stationäre Angebote. Und man muss die Frage nach künftigem Pflegepersonal lösen, hier braucht es einen Ausbildungsschub. Da müssen wir alle zusammenhelfen.

Foto: ÖÖVP

Im gesamten Linzer Stadtgebiet: 274 Projekte mit knapp 6600 Wohnungen



Nabe der Grünen Mitte wird ein Hochhaus errichtet. Foto: Linz

Von den 275 Projekten mit insgesamt 6600 Wohnungen, die in den kommenden Jahren in Linz entstehen sollen, sind bereits 2800 Wohnungen bei 140 Projekten in Bau. Dazu kommen noch 700 Wohnungen in 65 Projekten, die im mehrgeschoßigen Wohnbau bereits baubewilligt sind. 1000 Wohnungen können demnächst mit einer Baubewilligung rechnen, da die dazu-

gehörigen 44 Projekte bereits eingereicht wurden. Sechs Projekte mit 200 Wohnungen stehen kurz vor der Einreichung. 19 Projekte mit 1900 Wohnungen sind noch nicht einreichfähig. Nach dem Abschluss der großen Stadterweiterungsprojekte im Süden von Linz konzentrieren sich die Bauaktivitäten der kommenden Jahre auf die Umnutzung ehemaliger Betriebsareale.

Alt-Bürgermeister Gstöttner gestorben

Der langjährige Bürgermeister der Stadt Schärding, Ferry Gstöttner, ist am Montag im 77. Lebensjahr verstorben. Der SPÖ-Politiker war von 1982 bis 2003 Bürgermeister der Barockstadt, deren Ehrenbürger er auch war. Gstöttner war zudem von 1991 bis 2002 Bundesrat, zuvor war er von 1985 bis 1991 SPÖ-Landtagsabgeordneter.

Sechs Parteiaustritte bei FPÖ in Neusiedl am See, auch Obfrau geht

Sechs Mitglieder der FPÖ Ortsgruppe Neusiedl am See — allen voran die geschäftsführende Stadtparteiobfrau Maria Nakovits — sind aus der Partei ausgetreten. Die Hauptursachen seien „die politischen Akteure der Landespartei und der überwiegende Teil der Mitglieder der Ortsgruppe“, so Nakovits, die ihr Gemeinderatsmandat künftig parteifrei ausüben wird. Die FPÖ sei eine „System- und Funktionspartei klassischen Zuschnitts“.

FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker vermutet „gekränkte Eitelkeiten“ oder „Streitereien vor Ort“ als Grund für die Parteiaustritte. Es handle sich jedenfalls um eine „lokale Angelegenheit“. So etwas komme in Ortsparteien immer wieder aus verschiedenen Gründen vor. Die FPÖ Burgenland bedauerte die Parteiaustritte, „Nichtsdestotrotz: Reisende soll man bekanntlich nicht aufhalten“, meinte Bezirksparteiobmann Landesrat Alexander Petschnig.